

ARBEITSPAPIER

Nr. 3 / 2017

**Die Parteien in Sachsen
vor der Bundestagswahl 2017**

Hendrik Träger

Hendrik Träger

Die Parteien in Sachsen vor der Bundestagswahl 2017

SKLK - Arbeitspapiere

ISSN: 2511-4700

Sächsisches Kompetenzzentrum
Landes- und Kommunalpolitik
c/o Universität Leipzig
Institut für Politikwissenschaft
Beethovenstr. 15
04107 Leipzig

info@sklk.de
www.sklk.de

Die Beiträge der SKLK Arbeitspapier-Reihe spiegeln die Meinungen der AutorInnen wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen der Herausgeber.

Zusammenfassung

Aus Anlass der Bundestagswahl am 24. September 2017 analysiert dieses Arbeitspapier die politische Stimmung in Sachsen und den Zustand der sächsischen Parteien zu Beginn der „heißen Phase“ des Wahlkampfes: In welcher Situation befinden sich die Spitzenkandidaten der Landesverbände? Wie hoch ist die Popularität der Kanzlerin und ihres Herausforderers im Freistaat? Die hohe Volatilität der sächsischen Wähler/innen wird anhand eines Vergleiches der bisherigen Bundestags- und Landtagswahlen herausgearbeitet. Außerdem werden die Folgen der geringen Mitgliederbestände der Parteien für den Straßenwahlkampf thematisiert.

The next election of the German *Bundestag* will be held on 24 September 2017. In this context this paper discusses the political situation in the German federal state Saxony and the conditions of the parties at the beginning of the election campaign. A comparison of the former elections in Saxony shows the volatility of the voting behaviour. Further aspects of the analysis are the development of the number of party members as well as the popularity of Chancellor Merkel and her challenger Schulz.

Inhalt

1.	Einleitung.....	5
2.	Wahlen in Sachsen: deutliche Differenzen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen	6
	2.1 Landtagswahlen: Dominanz der CDU.....	6
	2.2 Bundestagswahlen: Erfolge für das linke Lager	8
3.	Parteimitglieder: erhebliche Rekrutierungsprobleme	10
4.	Die sächsischen Parteien vor der Bundestagswahl 2017	14
5.	Fazit.....	20
	Literatur	21

1. Einleitung

Für Sachsen lässt sich eine „[b]eispiellos (...) langanhaltende Differenz zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen“ (Jesse et al. 2014: 158) konstatieren: Die Landtagswahlen brachten „seit 1990 ein kompetitives Hegemonialparteiensystem“ (ebd.: 183) mit der CDU als der mit Abstand größten Partei hervor. Demgegenüber gab es bei drei von sieben Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005) eine rechnerische Mehrheit der Parteien des linken Lagers. Bei nationalen Urngängen verhalten sich die Sachsen also wesentlich volatiler als bei den Abstimmungen über das Landesparlament. Das macht die Bundestagswahlen im Freistaat oft spannender als die Landtagswahlen.

Vor diesem Hintergrund wird in dem vorliegenden SKLK-Arbeitspapier die Situation der Parteien in Sachsen vor der Bundestagswahl am 24. September 2017 untersucht. Dafür werden die politische Stimmung im Freistaat skizziert, die Spitzenkandidaten vorgestellt und die Ausgangslage beschrieben. In welcher Lage befinden sich die sächsischen Parteien zu Beginn der „heißen Phase“ des Wahlkampfes?

Dabei ist interessant, dass mit Frauke Petry (AfD) und Katja Kipping (Die Linke) gleich zwei Ko-Vorsitzende von Bundesparteien ihre politische Heimat in Sachsen und im Freistaat für ein Bundestagsmandat haben. Weil Spitzenkandidaten im Wahlkampf wichtige und medienwirksame Akteure sind, könnten durch die beschriebene Personalunion Synergieeffektive zwischen der Bundes- und der Landesebene entstehen.¹ Insbesondere das Abschneiden des Landesverbandes der auch innerhalb der eigenen Partei umstrittenen AfD-Bundesvorsitzenden Petry² dürfte auf großes öffentliches Interesse stoßen. Neben der Linken und der AfD hat auch die sächsische CDU mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière einen bundesweit bekannten Spitzenkandidaten. Mit Blick auf die SPD stellt sich hingegen beispielsweise die Frage, ob die sächsischen Sozialdemokraten von Martin Schulz als Kanzlerkandidaten profitieren können.

Bevor diese Aspekte in den Fokus der Analyse rücken, werden aufgrund der eingangs angesprochenen Unterschiede zwischen den Bundes- und den Landtagswahlen zunächst die Ergebnisse der bisherigen Abstimmungen im Freistaat (*Kapitel 2*) skizziert. Danach wird kurz die Entwicklung der Mitgliederbestände der Landesverbände seit

-
- 1 Der CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern konnte bei der Bundestagswahl 2013 davon profitieren, dass Angela Merkel ihren Wahlkreis auf Rügen hat. Die Christdemokraten im Nordosten der Republik wurden – im Gegensatz zu den Landtagswahlen seit Ende der 1990er Jahre – mit Abstand stärkste Partei und erzielten sogar einen noch etwas höheren Zweitstimmenanteil (42,5%) als die Partei im Bundesdurchschnitt (41,5%). Sogar in der besonderen Situation der „Einheitswahl“ im Dezember 1990 war das Ergebnis (41,2%) nicht ganz so hoch wie 2013.
 - 2 An dieser Stelle wird exemplarisch auf die Debatte über ein Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke nach dessen Dresdner Rede und die Diskussionen über eine alleinige Spitzenkandidatur Petrys bei der Bundestagswahl hingewiesen.

1990 nachgezeichnet (*Kapitel 3*), um die organisatorischen Rahmenbedingungen der einzelnen Parteien herauszuarbeiten. Anschließend folgt eine Beschreibung der gegenwärtigen Situation der Parteien in Sachsen (*Kapitel 4*), bevor das Papier mit Einschätzungen hinsichtlich der bevorstehenden Bundestagswahl abschließt (*Kapitel 5*).

2. Wahlen in Sachsen: deutliche Differenzen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen

„Bis 2004 galt Sachsen als das ‚Bayern des Ostens‘“, konstatierten Christian Demuth und Jakob Lempp (2006: 9) vor elf Jahren und spielten damit auf eine Dominanz der CDU an. Diese Einschätzung trifft jedoch nur für die Landtagswahlen zu. Auf der kommunalen Ebene und bei den Bundestagswahlen ergibt sich ein anderes Bild.

Seit 1990 stellt(e) die CDU bis auf vier Ausnahmen alle Landräte, aber nur dreimal den Oberbürgermeister beziehungsweise die Oberbürgermeisterin der drei sächsischen Großstädte. In Dresden wechselten sich Christdemokraten (1990–2001, 2008–2015) und Liberale (2001–2008, seit 2015) an der Spitze des Rathauses ab. In Chemnitz gab es bis 1993 ein christdemokratisches Stadtoberhaupt; seither ist die Stadt SPD-geführt. Die Leipziger Oberbürgermeister kommen seit der Wiedervereinigung ausnahmslos aus den Reihen der Sozialdemokraten (vgl. Träger, Pollex 2016a und 2016b).

Bei den Bundestagswahlen konnten – wie bereits eingangs angesprochen – zeitweise sogar im konservativen Sachsen die Parteien des linken Lagers reüssieren, sodass erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Wahlarenen zu beobachten sind. Es ist also keinesfalls so, dass die sächsische CDU stets unangefochten die dominante Partei im Freistaat ist, wie das mit Blick auf das Landesparlament wirkt. Vor diesem Hintergrund werden in den folgenden Abschnitten die Landtags- und die Bundestagswahlen in Sachsen gegenübergestellt.

2.1 Landtagswahlen: Dominanz der CDU

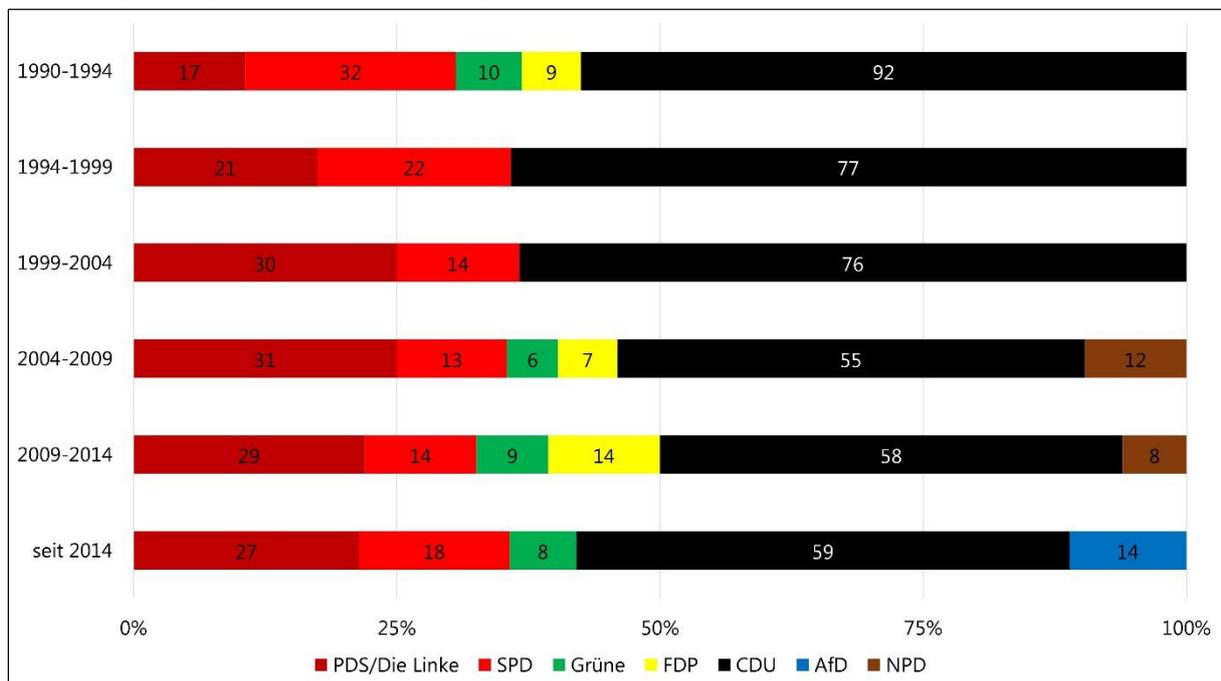
Entgegen manchen Erwartungen konnte die SPD, deren Ursprungsorganisation ADAV 1863 in Leipzig gegründet worden war, im einstigen „roten Königreich“ (Rellecke 2010: 341) nicht an ihre früheren Erfolge³ anknüpfen: Im Oktober 1990 rangierte sie mit

3 „Die sozialdemokratische Wählerschaft lag im Königreich Sachsen immer weit über dem Reichsdurchschnitt, so beispielsweise 1877 mit 38 Prozent in Sachsen gegenüber 9,1 Prozent im Reich oder im Jahre 1903 mit 58,8 Prozent gegenüber 31,7 Prozent“ (Rellecke 2010: 346). In der Weimarer

19,1 Prozent deutlich hinter der CDU; dieser Stimmenanteil sollte sich später noch als das bis heute mit Abstand beste Ergebnis der Sozialdemokraten bei einer Landtagswahl in Sachsen erweisen. Die Christdemokraten um Kurt Biedenkopf erreichten die absolute Mehrheit der Stimmen und konnten im Laufe der 1990er Jahre ihre Dominanz – vor allem dank der Popularität des von den Sachsen respektvoll „König Kurt“ genannten Landesvaters – ausbauen. Im Oktober 1994 verbuchte die sächsische CDU mit 58,1 Prozent sogar „das beste Resultat in der Geschichte der Christdemokraten“ (Brümmer 2007: 224).

Nachdem die CDU drei Legislaturperioden (1990–2004) lang alleine regiert hatte, büßte die Partei nach dem Rücktritt Biedenkopfs ihre hegemoniale Stellung ein. Im September 2004 rutschten die Christdemokraten auf 41,1 Prozent ab. Diesen „dramatische[n] Absturz um 15,8 Prozentpunkte“ (Patzelt 2006: 98) erklärt Thomas Schubert mit der „partielle[n] Trägheit einer seit 1990 mit absoluter Mehrheit regierenden Partei, der teilweise die Einsicht in die Notwendigkeit eines Wahlkampfes jenseits von Regierungsbilanz und Spitzenkandidat abhandeln gekommen war“ (2006: 65). Seit der Landtagswahl 2004 ist die CDU, die bis 2014 noch geringfügige Stimmenrückgänge auf zuletzt 39,4 Prozent zu verzeichnen hatte, auf einen Koalitionspartner angewiesen.

Abbildung 1: Abgeordnete der Landtagsfraktionen in Sachsen (seit 1990)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Republik war die SPD „stets die stärkste im Landtag vertretene Partei mit Stimmenanteilen zwischen 28,3 Prozent (November 1920) und 41,6 Prozent (Februar 1919)“ (ebd.). Für weitere Informationen siehe auch Richter (2006).

Trotz der Verluste hat die Partei bis heute eine so starke Position, dass gegen sie keine Regierungsbildung möglich ist. Eine Koalition ohne Beteiligung der Christdemokraten könnte es nur geben, wenn alle anderen im Landtag vertretenen Fraktionen – von der Linken auf den einen Seite bis zur NPD (2004, 2009) beziehungsweise AfD (2014) auf der anderen Seite des politischen Spektrums – zusammenarbeiten würden (*siehe Abb. 1*). Ein solches Vierer- oder Fünferbündnis liegt aufgrund erheblicher ideologischer und inhaltlich-programmatischer Differenzen zwischen den Parteien jenseits aller Vorstellungskraft.

Während die Christdemokraten in den 1990er Jahren Rekordergebnisse erzielten, fand „eine kontinuierliche Kräfteverschiebung von der schon zu Beginn schwachen SPD zur PDS“ (Demuth, Lempp 2006: 12) statt: Die sächsischen Sozialdemokraten verloren kontinuierlich Wähler, bis sie 2004 mit 9,8 Prozent „das schlechteste [Ergebnis; H.T.] einer sozialdemokratischen Partei bei Wahlen auf Landesebene seit 1949“ (Demuth 2006: 146) verkraften mussten. Im September 1999 rutschten sie erstmals hinter die PDS auf den dritten Platz und konnten diesen Rang fünf Jahre später nur knapp gegen die rechtsextreme NPD (9,2 Prozent) verteidigen. Erst seit 2009 kann die SPD, die in der 4. Legislaturperiode (2004–2009) Koalitionspartner der CDU war und seit 2014 erneut mitregiert, leichte Gewinne auf zuletzt 12,4 Prozent verzeichnen, sodass sich der Abstand zur Linken als der zweitstärksten Fraktion wieder verringerte.

Neben den auch in anderen Bundesländern zu beobachtenden Schwankungen bei Bündnis 90/Die Grünen⁴ und der FDP⁵ ist für Sachsen charakteristisch, dass seit 2004 eine Partei rechts der CDU im Parlament vertreten ist.

2.2 Bundestagswahlen: Erfolge für das linke Lager

Im Gegensatz zu den Kampagnen für die Urnengänge zum Landesparlament bieten die Bundestagswahlkämpfe den Parteien keine Möglichkeit zur „Instrumentalisierung einer ‚sächsischen Identität‘“ (Schubert 2011: 341), weil für eine Landespartei kaum eine klare Schwerpunktsetzung möglich ist.⁶ Das wirkt sich vor allem negativ auf die CDU aus, die sich selbst als „Sächsische Union“ apostrophiert. Die sächsischen Christdemokraten

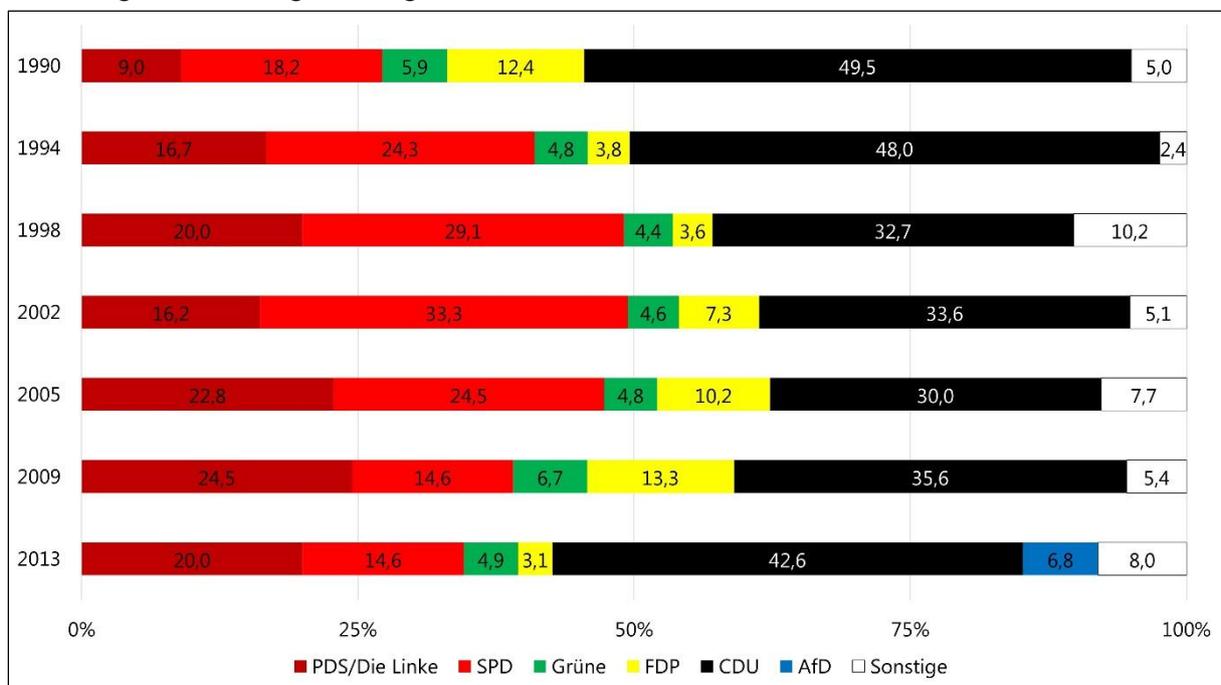
4 Die Bündnisgrünen scheiterten bei zwei Landtagswahlen (1994, 1999) an der Fünf-Prozent-Sperrklausel und waren deshalb zehn Jahre lang nicht im Landesparlament vertreten (siehe u.a. Lempp 2006 und Träger 2011: 102 f.).

5 Die FDP gehörte lediglich in drei Legislaturperioden (1990–1994, 2004–2014) dem sächsischen Landtag an und regierte zwischen 2009 und 2014 gemeinsam mit der CDU (siehe u.a. Jandura 2006 und Träger 2011: 85 ff.).

6 Eine Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang Bayern dar, denn die CSU tritt als eigenständige Partei auf. In diesem Jahr ziehen die Christsozialen beispielsweise mit dem „Bayernplan“ als Ergänzung zum gemeinsamen Programm der Unionsparteien in den Wahlkampf.

schnitten bei allen Bundestagswahlen wesentlich schlechter ab als bei der jeweils vorangegangenen Landtagswahl. Das gilt sogar dann, wenn zwischen den beiden Abstimmungen lediglich wenige Wochen gelegen haben.⁷ Am größten war der Unterschied mit mehr als zehn Prozentpunkten im Superwahljahr 1994. Damals verfehlten die sächsischen Christdemokraten aber auch bei der Bundestagswahl – ebenso wie vier Jahre zuvor – die absolute Stimmenmehrheit nur knapp. An diese Erfolge konnte die CDU später nicht wieder anknüpfen; zwischen 1998 und 2009 überzeugte die Partei lediglich etwa ein Drittel der Sachsen von sich und lag damit unterhalb des bundesweiten Stimmenanteils der Unionsparteien. Ausgerechnet 2005, als mit Angela Merkel eine Ostdeutsche zur ersten Bundeskanzlerin gewählt wurde, mussten die Christdemokraten mit 30,0 Prozent ihren elektoralen Tiefstand im Freistaat verbuchen (siehe Abb. 2).

Abbildung 2: Bundestagswahlergebnisse in Sachsen (Zweitstimmen; in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Bereits drei Jahre zuvor – bei der Bundestagswahl 2002 – hätte die SPD (33,3 Prozent) die CDU (33,6 Prozent) fast als stärkste Partei in Sachsen abgelöst. Dieser Rekordwert, von dem die sächsischen Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen meilenweit entfernt sind, lässt sich hauptsächlich auf den in Ostdeutschland unpopulären Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber (CSU) und das Krisenmanagement von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in den Hochwassergebieten an Elbe und Mulde zurückführen.

⁷ Das betrifft die Jahre 1990, 1994 und 2009.

Aber auch unabhängig von einer solch günstigen Situation kann die SPD – mit Ausnahme von 1990 – bei den Bundestagswahlen (häufig sogar wesentlich) mehr Sachsen als bei den Landtagswahlen von sich überzeugen. Die Sozialdemokraten verfügen im Freistaat also durchaus über ein erheblich größeres Wählerpotenzial, als dies mit Blick auf die Zusammensetzung des Landtages in Dresden vermutet werden könnte.

Neben den Sozialdemokraten konnten bis auf wenige Ausnahmen auch Bündnis 90/ Die Grünen⁸ und die FDP⁹ sowie gelegentlich die PDS beziehungsweise Die Linke¹⁰ bei den Bundestagswahlen relativ gut abschneiden.

3. Parteimitglieder: erhebliche Rekrutierungsprobleme

Die hohe Volatilität bei den Wahlen lässt sich insbesondere mit der geringen Parteibindung in Ostdeutschland und damit auch in Sachsen erklären.¹¹ Die Identifikation mit einer Partei ist der zentrale Bestandteil des individual- beziehungsweise sozialpsychologischen Ansatzes zur Erklärung von Wahlverhalten, denn sie determiniert die Beurteilung der Sachthemen und der Kandidaten als die beiden anderen Faktoren des *Ann Arbor*-Modells der *Michigan School* (vgl. Campbell et. al 1954, 1960; Schoen, Weins 2014; Korte 2017: 106 ff.).

Die Nähe oder eben die Distanz der Bevölkerung zu den Parteien lässt sich ebenso anhand der Mitgliederbestände der Parteien ablesen. Die Mitglieder haben für die Parteien auch in Wahlkämpfen eine ganz praktische Bedeutung: Für das Aufstellen von Kandidaten für die Landesliste und die Wahlkreise (*Funktion der Elitenrekrutierung*) sowie für die Durchführung eines Wahlkampfes (*Funktion der Mobilisierung*) ist es für die Parteien wichtig, möglichst viele Mitglieder zu haben, die sich engagieren.

Für den Freistaat ist – dem bundesweiten Trend folgend, aber ausgehend von einem niedrigeren Grundniveau – seit 1990 ein deutlicher Rückgang der Mitgliederzahlen zu konstatieren. Besonders stark betroffen waren Anfang der 1990er Jahre PDS, CDU und FDP, die auf die Strukturen und Mitglieder der Staatspartei SED beziehungs-

8 Der Stimmenanteil der sächsischen Bündnisgrünen bei den Bundestagswahlen war nur 2005 und 2013 kleiner als bei der jeweils letzten Landtagswahl.

9 Der Stimmenanteil der sächsischen Liberalen bei den Bundestagswahlen war nur 2013 kleiner als bei der vorgegangenen Landtagswahl.

10 Bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2009 waren die Stimmenanteile der sächsischen Linksozialisten größer als bei der jeweils vorgegangenen Landtagswahl.

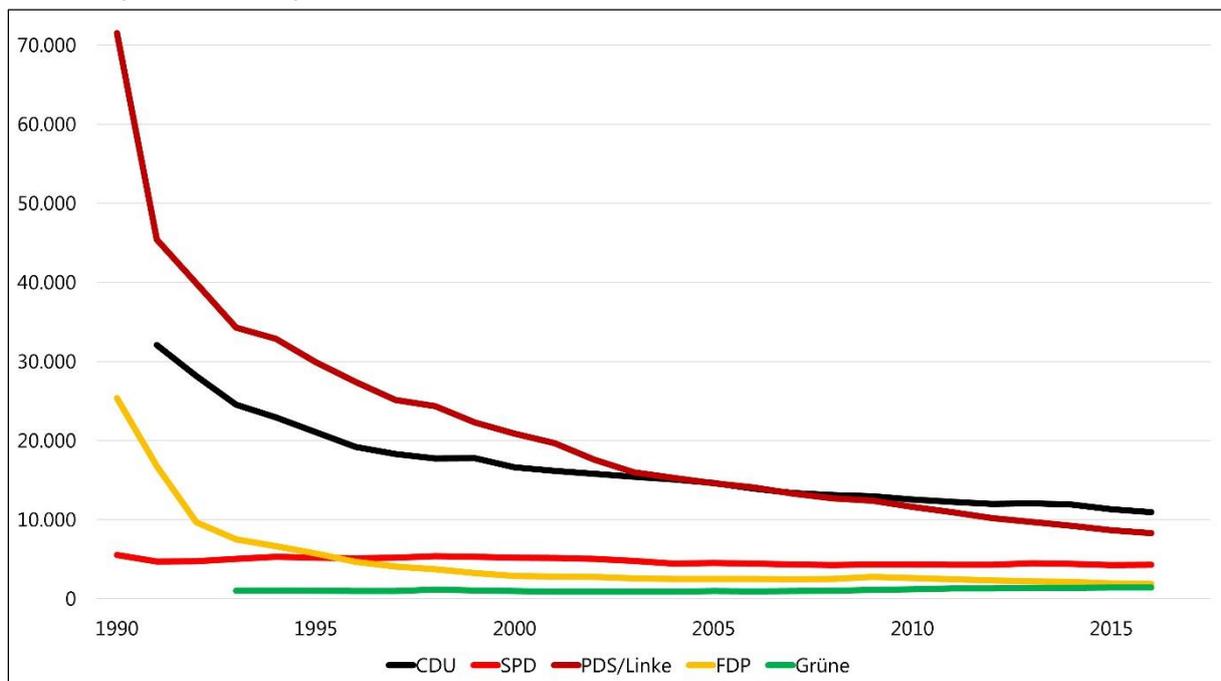
11 In Ostdeutschland weist nur etwa die Hälfte der Bevölkerung eine Parteibindung auf, während der Anteil im Westen der Republik trotz eines Rückgangs in den letzten Jahrzehnten signifikant höher ist (vgl. Ohr, Quandt 2012: 189).

weise der Blockparteien in der DDR zurückgreifen konnten und nach 1990 einen „logarithmische[n] Abstieg“ (Patzelt 2006: 99) zu verzeichnen hatten. Allmählich setzte ein Prozess der relativen Stabilisierung ein, wobei die Christdemokraten und die Linksozialisten im Gegensatz zu den auf wesentlich niedrigerem Niveau angekommenen Liberalen weiterhin deutliche Verluste registrieren müssen (s. *Abb. 3*; vgl. auch Jandura 2006; Neugebauer 2006; Patzelt 2006).

Auf dem niedrigen Niveau der FDP befanden sich von Beginn an SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die nach 1990 als Neu- beziehungsweise Wiedergründungen aus einer institutionellen *tabula rasa*-Situation heraus entstanden. Mit dieser besonderen Konstellation lässt sich erklären, dass die sächsische SPD, die zwischen 4.257 (im Jahr 2008) und 5.525 Mitgliedern (im Jahr 1990) pendelt, „die geringste Organisationsdichte aller sozialdemokratischen Landesverbände“ (Demuth 2006: 150) aufweist. Die Bündnisgrünen konnten ihren Mitgliederbestand in den letzten Jahren ausbauen und damit zu den Liberalen aufschließen (*Abb. 3*).

Trotz der positiven Entwicklung mussten Bündnis 90/Die Grünen ihren Platz als fünftgrößte Partei im Freistaat an die sich etablierende AfD abgeben. Dem sächsischen Landesverband der erst 2013 gegründeten Partei gehörten 2016 1.690 Sächsinen und Sachsen an; das sind 261 Mitglieder mehr als bei den Grünen und nur 189 weniger als bei der FDP (vgl. Niedermayer 2017: 377).

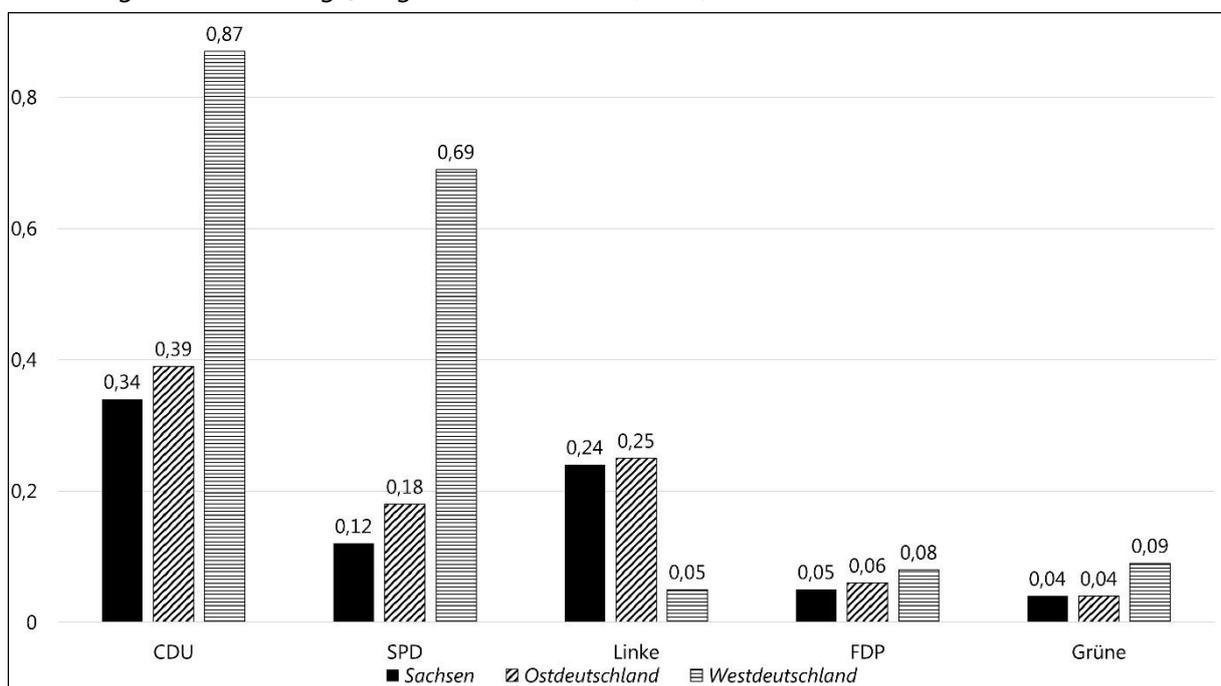
Abbildung 3: Parteimitglieder in Sachsen (1990-2016)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen von Oskar Niedermayer (2016 und 2017).

Um die Situation der sächsischen Parteien besser einschätzen zu können, bietet sich ein Blick auf die Rekrutierungsfähigkeit als eine Kennziffer der Parteienforschung an (s. Abb. 4): Im Freistaat gelingt es den Parteien schlechter oder allenfalls genauso gut wie dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder, Mitglieder zu rekrutieren. Im Vergleich zu Westdeutschland ist – mit Ausnahme der Linken als der Partei, deren organisatorischen Hochburgen im Osten der Republik liegen – eine geradezu eklatante Schwäche zu konstatieren. Bei den Sachsen scheint ein sehr geringes Interesse zu bestehen, sich in Form einer Mitgliedschaft an eine Partei zu binden.

Abbildung 4: Rekrutierungsfähigkeit der Parteien (2015)



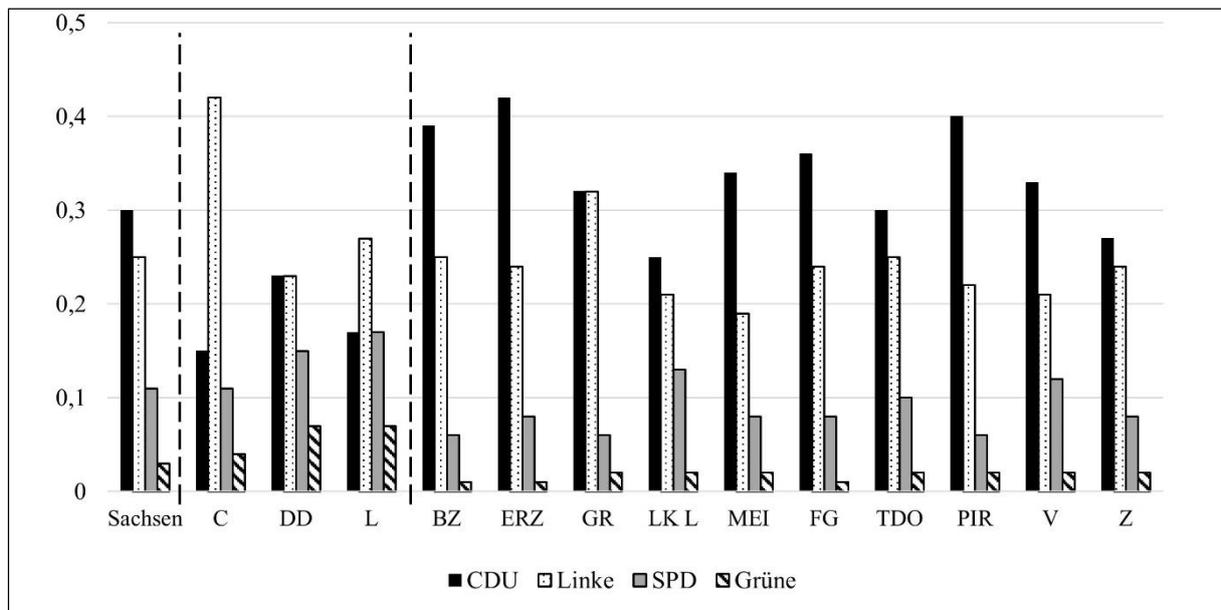
Anmerkung: Für die AfD liegen keine Werte vor.

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen von Oskar Niedermayer (2017: 378).

Diese Rekrutierungsschwäche führt vor allem in ländlichen Regionen des Freistaates dazu, dass die Parteien kaum (noch) über funktionsfähige Strukturen verfügen. Das wirkt sich in letzter Konsequenz nicht nur auf die immer schwieriger werdende Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für kommunale Mandate aus (vgl. Neugebauer 2008: 390; Rellecke 2010: 345), sondern auch auf die Fähigkeit zu lokalen Kampagnen im Rahmen von Bundestags- oder Landtagswahlen. Wie soll beispielsweise ein Kreisverband mit ein paar Dutzend Mitgliedern, von denen wiederum nur ein kleiner Teil zu innerparteilichem Engagement bereit ist, über einzelne Hotspots hinausgehend Plakate kleben, Flyer verteilen und Wahlkampfstände betreuen? Mit diesen Problemen sind in den sächsischen Landkreisen nicht nur die Bündnisgrünen, sondern auch die

Sozialdemokraten, die Liberalen¹² und – in deutlich abgeschwächter Form – die Linkssozialisten konfrontiert, während sich die Situation für die CDU in den Landkreisen deutlich besser darstellt. Für die Christdemokraten bilden hingegen die Großstädte die relativen Schwachpunkte (s. Abb. 5).

Abbildung 5: Anteile der Parteimitglieder an allen Einwohnern (2012; in Prozent)



Anmerkungen: Angegeben sind die Anteile der Parteimitglieder an allen Einwohnern der jeweiligen Gebietskörperschaft; diese Werte sind nicht identisch mit der „Rekrutierungsfähigkeit“, denn bei dieser dienen nur die Personen im parteibeitrittsberechtigten Alter als Bezugspunkt. Abkürzungen: C ... Chemnitz, DD ... Dresden, L ... Leipzig; BZ ... Landkreis Bautzen, ERZ ... Erzgebirgskreis, GR ... Landkreis Görlitz, LK L ... Landkreis Leipzig, MEI ... Landkreis Meißen, FG ... Landkreis Mittelsachsen (Freiberg), TDO ... Landkreis Nordsachsen (Torgau/Delitzsch/Oschatz), PIR ... Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Pirna), V ... Vogtlandkreis, Z ... Landkreis Zwickau.

Quelle: Entnommen aus Träger und Pollex 2017:55.

Angesichts der skizzierten Mitgliederbestände lässt sich auch für die Bundestagswahl 2017 erwarten, dass es in Sachsen einige Ortschaften ohne lokal organisierte Wahlkampfstände und mit allenfalls ganz wenigen Plakaten¹³ geben dürfte. An diesen Ortschaften geht dann also der Wahlkampf im wahrsten Sinne des Wortes vorbei.

12 Für die FDP liegen keine Zahlen für die kommunale Ebene vor. Allerdings lässt sich bei einem landesweiten Mitgliedbestand auf dem Niveau der Grünen eine strukturelle Schwäche der Liberalen in vielen Regionen des Freistaates vermuten.

13 Plakate haben für Wahlkämpfe insofern eine Bedeutung, als sie durch „knappe Botschaften, Symbole und Bilder [...] Aufmerksamkeit wecken sowie Stimmungen aufgreifen und verstärken“ (Schoen 2014: 668).

4. Die sächsischen Parteien vor der Bundestagswahl 2017

In welcher Situation befinden sich die sächsischen Parteien nun reichlich zwei Monate vor der Bundestagswahl am 24. September 2017? Zunächst stelle ich die allgemeine Stimmung dar, bevor ich die einzelnen Parteien – in der Reihenfolge ihrer Stimmenanteile bei der Wahl 2013 – in den Fokus der Analyse rücke.

Um die politische Stimmung zu skizzieren, wird auf die von „Infratest dimap“ für den Freistaat erhobenen Sonntagsfragen zurückgegriffen. Aufgrund der statistischen Schwankungen und des Charakters der Umfragen als Momentaufnahmen sind die Befunde mit großer Sorgfalt zu bewerten. Außerdem gibt es keine stichhaltigen Erfahrungswerte aus früheren Jahren. Vor der Bundestagswahl 2013 wurde nur eine Umfrage für Sachsen veröffentlicht, die erhebliche Abweichungen vom tatsächlichen Stimmenanteil aufweist.¹⁴ Das spricht dafür, dass sich viele Sachsen lange Zeit unschlüssig waren und erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder direkt im Wahllokal endgültig entschieden haben. Das zeugt von einer hohen Volatilität im Freistaat. Für die bevorstehende Bundestagswahl bedeutet das, dass sich für die Parteien ein intensiver Wahlkampf bis zur letzten Minute lohnt, um auch die Kurzentschlossenen als Wähler gewinnen zu können.

Die hohe Wechselbereitschaft wird auch mit Blick auf die erheblichen Unterschiede zwischen den beiden Umfragen für die Bundestagswahl 2017 deutlich (s. *Abb. 6*):

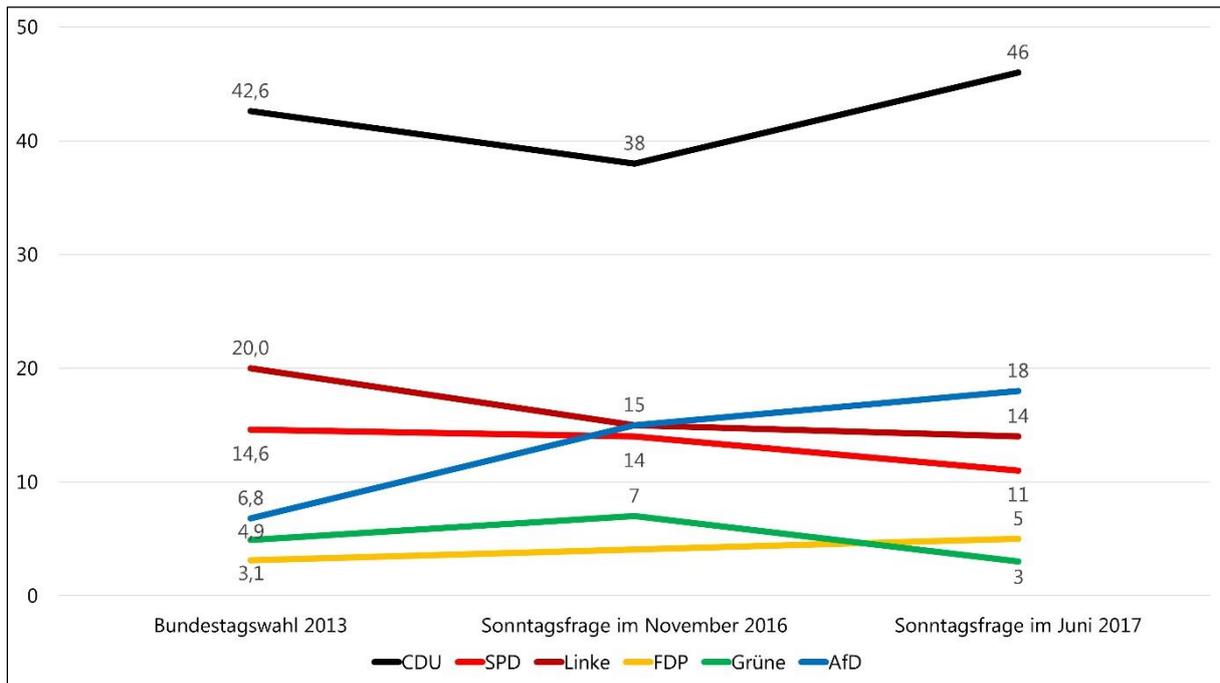
- Die Christdemokraten konnten innerhalb von sieben Monaten acht Prozentpunkte zulegen und lagen im Juni 2017 mit 46 Prozent sogar noch über ihrem Wahlergebnis von vor vier Jahren. Die CDU dürfte sich also mit großem Abstand als stärkste politische Kraft in Sachsen behaupten; allerdings ist die Höhe des Wahlergebnisses noch ziemlich offen.
- Spannend wird auch das Abschneiden von AfD, Linke und SPD. Diese drei Parteien lagen im November 2016 mit 14 beziehungsweise 15 Prozent dicht beieinander, sodass ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen um die Plätze 2 bis 4 wahrscheinlich war. Im Juni 2017 wurde die AfD – trotz des negativen Bundestrends für die Partei – mit 18 Prozent vor der Linken mit 14 Prozent und der SPD mit 11 Prozent gesehen. Die Sozialdemokraten konnten im Freistaat also nicht (nachhaltig) vom

14 Die Sonntagsfrage wurde etwa eineinhalb Monate vor der Bundestagswahl 2013 durchgeführt: Für CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen lagen die Umfragewerte zwischen 2,4 und 5,4 Prozentpunkten über den tatsächlichen Wahlergebnissen, während Die Linke sieben Prozentpunkte besser als erwartet abschneiden konnte. Bei der FDP gab es nur eine minimale Abweichung von einem Zehntelpunkt. Die AfD wurde in der Umfrage nicht separat ausgewiesen, sondern mit den anderen Parteien unter „Sonstige“ zusammengefasst (siehe www.wahlrecht.de/umfragen/laender.htm#sn).

„Schulz-Hype“ profitieren, während die AfD trotz innerparteilicher Auseinandersetzungen auf Bundes- und Landesebene an Zustimmung zulegen konnte.

- Auch die Werte für FDP und Bündnis 90/Die Grünen schwanken deutlich, sodass nicht abschätzbar ist, mit wie vielen Abgeordneten aus dem Freistaat diese Parteien im neuen Bundestag vertreten sein werden.¹⁵

Abbildung 6: „Sonntagsfrage“ für die Bundestagswahl 2017 in Sachsen (in Prozent)



Anmerkung: Im November 2016 wurde für die FDP kein Wert ausgewiesen.

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Infratest dimap.

Die Dominanz der CDU wird beim Blick in die 16 sächsischen Wahlkreise noch deutlicher. Bei der Wahl der Direktmandate gilt das Prinzip der relativen Mehrheitswahl: Der Kandidat beziehungsweise die Kandidatin mit den meisten Stimmen¹⁶ gewinnt den Parlamentssitz, während die anderen Bewerber/innen leer ausgehen. Nach der aktuellen

15 Selbst wenn eine Partei in Sachsen weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen auf sich vereint, kann sie (mindestens) einen Bundestagsabgeordneten aus dem Freistaat nach Berlin schicken, sofern die jeweilige Partei bundesweit den Sprung über die Fünf-Prozent-Sperrklausel schafft oder mindestens drei Direktmandate in den Wahlkreisen (sog. „Grundmandatsklausel“) gewinnt. Ein anschauliches Beispiel dafür bieten die Bündnisgrünen im Freistaat: Der Landesverband erhielt bei der Bundestagswahl 2013 nur 4,9% der Zweitstimmen, konnte aber mit Monika Lazar und Stephan Kühn zwei Abgeordnete in den Bundestag schicken.

16 Der denkbar knappste Vorsprung von einer Stimme gegenüber der beziehungsweise dem Zweitplatzierten würde für den Gewinn des Direktmandates reichen.

„Erststimmen-Prognose“¹⁷ des Internetportals election.de von Anfang Juli 2017 ist in 15 Wahlkreisen ein sicherer Sieg der Christdemokraten zu erwarten. Lediglich im Leipziger Süden (Wahlkreis 153 [Leipzig II]) gilt der Gewinn des Mandates durch die CDU nicht als „sicher“, sondern nur als „wahrscheinlich“.

Wenn die Christdemokraten fast alle Direktmandate in den sächsischen Wahlkreisen gewinnen würden, könnte dies – in Abhängigkeit des Zweitstimmenanteils – bedeuten, dass die Landesliste der CDU bei der Mandatsvergabe keine Berücksichtigung findet. Christdemokratische Bewerber/innen ohne einen Wahlkreis würden also nicht beziehungsweise nur im Falle von Überhang- und Ausgleichsmandaten in den Bundestag einziehen. Im Gegensatz dazu greift bei den anderen Parteien die jeweilige Landesliste; d.h. in Abhängigkeit vom Zweitstimmenanteil bekommen die Kandidatinnen und Kandidaten auf den entsprechenden Listenplätzen ein Mandat. Wahlkreisbewerber/innen, die auf einem „hinteren“ Platz oder gar nicht auf der Liste stehen, kämen allerdings nicht in das Parlament. Wie anhand von Tabelle 1 deutlich wird, kandidieren in Deutschland und auch in Sachsen aber viele Abgeordnete, darunter die Spitzenkandidaten, sowohl auf der Liste als auch in einem Wahlkreis.

Tabelle 1: Spitzenkandidaten der sächsischen Parteien für die Bundestagswahl 2017

<i>Partei</i>	<i>Spitzenkandidat/in (1. Listenplatz)</i>	<i>Ergebnis auf Parteitag</i>	<i>Wahlkreis</i>
CDU	Thomas de Maizière (MdB, Minister)	98,3 %	Meißen
Die Linke	Katja Kipping (MdB, Bundesvorsitzende)	84,8 %	Dresden I
SPD	Daniela Kolbe (MdB, Generalsekretärin)	88,6 %	Leipzig I
AfD	Frauke Petry (MdL, Bundesvorsitzende)	79 % bzw. 72%	SäS-OErz ¹
Grüne	Monika Lazar (MdB)	76,8 %	Leipzig II
FDP	Torsten Herbst (Generalsekretär)	50,2 % (2 Mitbewerber)	Bautzen I

¹ SäS-OErz ... *Sächsische Schweiz – Osterzgebirge*

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen der Parteien.

17 Bei den Prognosen, die bei den vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen eine (teilweise erstaunlich) hohe Treffergenauigkeit aufwiesen, wird zwischen (1) sicheren Wahlkreisen, (2) Wahlkreisen mit einem wahrscheinlichen Gewinner und (3) Wahlkreisen mit einem kleineren Stimmvorsprung – also umkämpften Gebieten – unterschieden.

Wie die konkrete Situation der einzelnen Parteien in Sachsen vor der Bundestagswahl 2017 ist, wird im Folgenden überblicksartig dargestellt:

a) CDU

Die sächsische CDU zieht zum dritten Mal in Folge mit Thomas de Maizière als ihrem Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. Der amtierende Bundesinnenminister, der sich in seinem Meißener Wahlkreis abermals um das Direktmandat bewirbt, wurde mit 98,3 Prozent auf den ersten Platz der Landesliste gewählt. Von der bundesweiten Bekanntheit und der Medienpräsenz des Regierungsmitglieds könnten die Christdemokraten im Freistaat ebenso profitieren wie von dem mittlerweile wieder positiven Bundestrend ihrer Partei.

Das Ansehen von Kanzlerin Angela Merkel ist in Sachsen – trotz so mancher Kritik im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik – groß. Bei einer Direktwahl des Regierungschefs beziehungsweise der Regierungschefin würden sich laut einer im Juni 2017 durchgeführten Umfrage von „Infratest dimap“ 54 Prozent für die Amtsinhaberin entscheiden (vgl. MDR 2017a). Die Kanzlerin könnte sich also im Wahlkampf als Stimmenfängerin für ihre Partei bewähren.

b) Die Linke

Ebenso wie die CDU setzt Die Linke auf personelle Kontinuität und zieht – wie bereits 2013 – mit Katja Kipping und André Hahn an der Spitze ihrer Landesliste in den Wahlkampf. Hahn, der bis 2013 in der Landespolitik aktiv und zeitweise Landtagsfraktionsvorsitzender war, dürfte jedoch vor allem politisch sehr Interessierten wegen seiner Funktionen als stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums¹⁸ des Bundestags und Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion bekannt sein. Demgegenüber gehört Kipping, die 2005 erstmals in den Bundestag einzog, zum Spitzenpersonal der Bundespartei. Seit 2012 ist sie neben Bernd Riexinger Bundesvorsitzende und gehört in dieser Funktion dem „Zwei-plus-zwei-Team“ (Meisner 2016) für den Bundestagswahlkampf an. Dass Bundespolitiker als Spitzenkandidaten kein Garant für ein besseres Wahlergebnis sind, wird mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 deutlich, als Die Linke in Sachsen auf 20,0 Prozent rutschte (s. *Abb. 2*).

c) SPD

Im Gegensatz zu CDU und Linke geht die sächsische SPD mit einer neuen Spitzenkandidatin in den Wahlkampf. Daniela Kolbe, die seit 2009 dem Bundestag angehört, folgt

18 Das PKG überwacht die Arbeit der Geheimdienste.

dem früheren sächsischen Wirtschaftsminister Thomas Jurk. Zusätzlich zu ihrem Parlamentsmandat ist sie seit 2015 Generalsekretärin der Landespartei und daher sowohl in der Bundes- als auch in der Landespolitik aktiv.

Ob die sächsischen Sozialdemokraten im Wahlkampf von ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz profitieren können, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher fraglich. Im Juni 2017 – also einige Wochen nach dem Abflauen des kurzzeitigen „Schulz-Hypes“ – würde einer Umfrage von „Infratest dimap“ zufolge lediglich jeder fünfte Sachse bei einer Direktwahl des Regierungschefs für den Sozialdemokraten votieren. Damit ist der Abstand von Schulz zur Kanzlerin im Freistaat noch größer als im Bund (vgl. MDR 2017a).¹⁹ Diese Konstellation ist keine ideale Voraussetzung für einen Wahlkampf, zu dessen Beginn die SPD in Sachsen mit gerade einmal elf Prozent auf dem vierten Platz gesehen wird.

d) AfD

Die hohen Umfragewerte für die AfD in Sachsen (s. *Abb. 6*) dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei aufgrund erheblicher innerparteilicher Differenzen mit schweren Hypotheken in den Wahlkampf geht: Frauke Petry, die an der Spitze der Bundespartei, des Landesverbandes und der Landtagsfraktion steht, ist eine Spitzenkandidatin mit vergleichsweise wenig Rückhalt in der eigenen Partei. Wegen interner Differenzen stimmte die sächsische AfD zweimal über ihre Landesliste ab. Im Januar 2017 wurde Petry mit 79 Prozent auf den ersten Platz gewählt; auf dem zweiten Rang folgte Jens Maier, der zu den schärfsten innerparteilichen Gegnern Petrys gehört. Weil der Landesvorstand den wegen seiner Äußerungen umstrittenen Dresdner Richter aus der Partei ausschließen wollte, wurde im März 2017 ein Parteitag einberufen. Die Delegierten lehnten ein Ausschlussverfahren gegen Maier ab, bestätigten die Landesliste (inklusive Maier) und wählten Petry mit nur noch 72 Prozent zur Spitzenkandidatin der sächsischen AfD.²⁰

Wenige Wochen später konnte sich die Bundesvorsitzende nicht mit ihrer Strategie für den Wahlkampf durchsetzen. Außerdem wurden Ende April Alexander Gauland

19 Bundesweit sprachen sich im Juni 2017 53% der Befragten für Merkel und 29% für Schulz als Kanzlerin beziehungsweise Kanzler aus. In Sachsen waren 54% für die Christdemokratin und nur 20% für den Sozialdemokraten.

20 Sogar in ihrem Wahlkreis im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist Petry mittlerweile so umstritten, dass der zuständige Kreisparteitag im Juli 2017 über drei Anträge hinsichtlich einer Abwahl als Direktkandidatin abstimmen musste. Letztlich stellten sich aber fast zwei Drittel der anwesenden Parteimitglieder hinter die Politikerin, sodass der Parteivorsitzenden eine weitere Demütigung erspart blieb (vgl. MDR 2017c).

und Alice Weidel zum Spitzenkandidaten-Duo der Bundespartei gekürt (vgl. Amann, Becker 2017 und Amann, Pfaffenzeller, Weiland 2017).

Im Juni beantragte die Dresdner Staatsanwaltschaft beim Landtag, Petrys Immunität aufzuheben, weil sich die Politikerin bei einer Aussage vor dem Wahlprüfungsausschuss des Meineids strafbar gemacht haben könnte. Eine Entscheidung des Parlaments wird für August erwartet.

Vor diesem Hintergrund könnte Petry, mit deren politischer Arbeit im Juni 2017 fast zwei Drittel (63%) aller Sachsen unzufrieden waren (vgl. MDR 2017b), zu einer Belastung für ihre Partei im Wahlkampf werden. Darauf deutet allerdings die aktuelle Umfrage von „Infratest dimap“ nicht hin, denn die AfD konnte ihre Werte von 15 auf 18 Prozent steigern. Sollte sich das Wahlergebnis tatsächlich in dieser Größenordnung bewegen, dann wäre es nicht wegen, sondern trotz der Spitzenkandidatin zu Stande gekommen.

e) Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen ziehen wie Die Linke aus innerparteilichen Gründen mit einer Doppelspitze in den Wahlkampf. Auch die Bündnisgrünen setzen bei dieser Wahl auf personelle Kontinuität: Wie schon 2013 wurde Monika Lazar aus Leipzig auf Listenplatz 1 gewählt; ihr folgt abermals Stephan Kühn, dessen Wahlkreis Teile Dresdens und des Landkreises Bautzen umfasst. Beide gehören seit zwei beziehungsweise vier Legislaturperioden²¹ dem Bundestag an, dürften aber außerhalb der Partei kaum bekannt sein. Vor diesem Hintergrund erscheinen die aktuellen Umfragewerte, die Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen bei 3 Prozent sehen, als große Herausforderung für den Bundestagswahlkampf.

f) FDP

Im Gegensatz zu den anderen Parteien befindet sich die sächsische FDP in der schwierigen Ausgangslage, weder im Bundestag noch im Landtag vertreten zu sein und somit aus der außerparlamentarischen Opposition heraus Wahlkampf machen zu müssen. Diese Konstellation und der niedrige Mitgliederbestand im Freistaat sind ungünstige Voraussetzungen für die Kampagnenorganisation. Aufgrund innerparteilicher Differenzen – und sicherlich auch wegen der Aussicht, dass die sächsische FDP eventuell nur einen Vertreter in den Bundestag schicken könnte – gab es drei Bewerber für den ersten Listenplatz (vgl. Kochinke 2017). Mit 125 von 249 Stimmen (50,2%) setzte sich

21 Monika Lazar kam im Dezember 2004 als Nachrückerin in den Bundestag. Stephan Kühn ist seit 2009 Abgeordneter.

Torsten Herbst gegen Robert Malorny (112 Stimmen) und Thoralf Gebel (10 Stimmen) durch. Der knappe Sieg seines Generalsekretärs festigte auch die Position des innerhalb der Partei nicht unumstrittenen Landesvorsitzenden Holger Zastrow und bewahrte damit den Landesverband vor einer Personaldebatte wenige Monate vor der Bundestagswahl.

5. Fazit

Der Vergleich von Bundestags- und Landtagswahlen sowie die Analyse der beiden Sonntagsfragen für den am 24. September anstehenden Urnengang verdeutlichen die hohe Volatilität der sächsischen Wählerinnen und Wähler. Die politische Stimmung könnte sich also bis September durchaus noch signifikant verändern, weshalb sich ein engagierter Wahlkampf bis zur letzten Minute lohnt. Dass die CDU wieder stärkste Kraft im Freistaat wird und die Favoritin in den Wahlkreisen ist, darf allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt als sehr wahrscheinlich gelten.

Ein flächendeckender Wahlkampf dürfte jedoch für die einige Parteien in Sachsen aufgrund ihrer geringen Mitgliederbestände schwierig sein. Das gilt insbesondere mit FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD für die kleinen Parteien, aber auch für die mitgliederschwache sächsische SPD. Demgegenüber sind die organisatorischen Voraussetzungen für CDU und Linke als die beiden mit Abstand größten Parteien im Freistaat erheblich besser.

Aber nicht nur wegen der eklatanten Differenzen bei den Mitgliederbeständen sind die Bedingungen, unter denen die sächsischen Parteien in die „heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes 2017 starten, durchwachsen. Unterschiede sind auch mit Blick auf den Bekanntheitsgrad der Spitzenkandidaten zu konstatieren: CDU, Linke und AfD haben mit Thomas de Maizière, Katja Kipping und Frauke Petry prominente Bundespolitiker und – zumindest in den Fällen des Innenministers und der AfD-Vorsitzenden – weit über die eigenen Parteigrenzen hinaus bekannte Politiker auf dem ersten Listenplatz. Das dürfte sich auf das Interesse an Wahlkampfveranstaltungen der sächsischen Spitzenkandidaten auswirken. Für SPD und Grüne ist die Personalsituation nicht ganz so günstig; aber auch diese Parteien ziehen mit Bundestagsabgeordneten an der Spitze in den Wahlkampf. Demgegenüber befindet sich die sächsische FDP wegen ihres außerparlamentarischen Daseins sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in einer ungünstigen Lage und ist vor allem auf Rückenwind aus Berlin angewiesen.

Mit Rückenwind können nach dem aktuellen Stand der Dinge auch die Christdemokraten rechnen, denn die Kanzlerin ist im Freistaat um ein Vielfaches populärer als

ihr Herausforderer. Demgegenüber können die sächsischen Sozialdemokraten gegenwärtig nicht von Martin Schulz als Kanzlerkandidaten profitieren. Dass sich an dieser Situation bis zum Wahltag etwas ändert, ist nicht ausschließen. Dafür sind aber erhebliche Anstrengungen sowohl der Partei vor Ort als auch der SPD-Bundesgeschäftsstelle im Willy-Brandt-Haus erforderlich. Dass sich eine „one man“-Show auf Bundesebene positiv auf die Länder auswirken kann, demonstrierte die FDP mit ihrem Vorsitzenden Christian Lindner in den vergangenen Monaten. Generell wirkt sich bei allen Parteien die Performanz der Bundespartei auf die Erfolgchancen der Landesverbände aus, denn die Wähler nehmen die Parteien häufig als Einheit wahr, ohne zwischen den einzelnen Ebenen zu differenzieren.

Literatur

- Amann, M. / Becker, S. 2017: Alice im Gauand. Der Spiegel, Heft 18, S. 40–41.
- Amann, M. / Pfaffenzeller, M. / Weiland, S. 2017: Alternative für Petry. Der Spiegel, Heft 16, S. 34–36.
- Brümmer, U. 2007: Schwarz-rote Vernunft-Ehe in Sachsen. Fragile Beziehungen im Parteiensystem des Freistaates. Deutschland-Archiv, 40. Jg., Heft 2, 222–230.
- Campbell, A. / Converse, P.E. / Miller, W.E. / Stokes, D.E. 1960: The American Voter. New York: John Wiley.
- Campbell, A. / Gurin, G./ Miller, W.E. 1954: The Voter Decides. Evanston (Illinois): Row, Peterson and Co.
- Demuth, Chr. 2006: Die SPD in Sachsen. In: Chr. Demuth / J. Lempp (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 145–169.
- Demuth, Chr. / Lempp, J. 2006: Einführung: Die Parteien in Sachsen. In: dies. (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 9–18.
- Jandura, O. 2006: Die FDP in Sachsen. In: Chr. Demuth / J. Lempp (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 171–186.
- Jesse, E. / Schubert, Th. / Thieme, T. 2014: Politik in Sachsen. Wiesbaden: Springer VS.
- Kochinke, J. 2017: Sachsens FDP rangelt um die Listenplätze für Berlin. Leipziger Volkszeitung vom 4./5. Februar 2017, S. 4.
- Korte, K.-R. 2017: Wahlen in Deutschland. Grundsätze, Verfahren und Analysen, 9., überarbeitete und ergänzte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lempp, J. 2006: Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen In: Chr. Demuth / J. Lempp (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 187–203.
- MDR 2017a: CDU und Merckel haben in Sachsen die Nase vorn. www.mdr.de/sachsen/sachsen-trend-drei-monate-vor-bundestagswahl-100.html (letzter Zugriff: 09.07.2017).
- MDR 2017b: Die Sachsen zwischen CDU und Verdruss. www.mdr.de/sachsen/sachsen-trend-sonntagsfrage-landtagswahl-tillich-parteien-100.html (letzter Zugriff: 09.07.2017).

- MDR 2017c: Frauke Petry bleibt Direktkandidatin der AfD bei Bundestagswahl. www.mdr.de/sachsen/dresden/afd-parteitag-direktwahlkreis-frauke-petry-saechsische-schweiz-ost-erzgebirge-100.html (letzter Zugriff: 09.07.2017).
- Meisner, M. 2016: Linke zieht mit Zwei-plus-zwei-Team in den Wahlkampf. www.tagesspiegel.de/politik/bundestagswahl-linke-zieht-mit-zwei-plus-zwei-team-in-den-wahlkampf/14930664.html (letzter Zugriff: 09.07.2017).
- Niedermayer, O. 2016: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016-NEU. www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/P-PM16-NEU.pdf (letzter Zugriff: 09.07.2017).
- Niedermayer, O. 2017: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48. Jg., Heft 2, 370–396.
- Neugebauer, G. 2006: Die PDS in Sachsen. In: Chr. Demuth / J. Lempp (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 121–144.
- Neugebauer, G. 2008: Das Parteiensystem Sachsen. In: U. Jun / M. Haas / O. Niedermayer (Hg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 387–408.
- Ohr, D. / Quandt, M. 2012: Parteiidentifikation in Deutschland: Eine empirische Fundierung des Konzeptes auf Basis der Theorie Sozialer Identität. In: R. Schmitt-Beck (Hg.), Wählen in Deutschland. PVS-Sonderheft 45. Baden-Baden: Nomos, 182–207.
- Patzelt, W. J. 2006: Die CDU in Sachsen. In: Chr. Demuth / J. Lempp (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 87–119.
- Rellecke, W. 2010: Sachsen – vom „roten Königreich“ zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem. In: A. Kost / W. Rellecke / R. Weber (Hg.), Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München: Verlag C.H. Beck, 340–359.
- Richter, M. 2006: Die Geschichte der Parteien in Sachsen bis 1990. In: Chr. Demuth / J. Lempp (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 37–57.
- Schoen, H. 2014: Wahlkampfforschung. In: J.W. Falter / H. Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, 661–728.
- Schoen, H. / Weins, C. 2014: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung des Wahlverhaltens. In: J.W. Falter / H. Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, 242–329.
- Schubert, Th. 2006: Wahlen und politische Kultur in Sachsen seit 1990. In: Chr. Demuth / J. Lempp (Hg.), Parteien in Sachsen. Dresden/Berlin: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 59–85.
- Schubert, Th. 2011: Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990–2004. Wiesbaden: VS.
- Träger, H. 2011: Die ostdeutschen Landesverbände in den Bundesparteien. Personelle, inhaltlich-programmatische und finanzielle Beziehungen (1990-2007). Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang.
- Träger, H. / Pollex, J. 2016a: Oberbürgermeister- und Landratswahlen zwischen struktureller Schwäche und kommunalpolitischer Erfahrung: eine Analyse der Direktwahlen in Sachsen von 1994 bis 2015. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg., Heft 3, 636–656.

-
- Träger, H. / Pollex, J. 2016b: Das Großstadttrauma der CDU bei Oberbürgermeisterwahlen: Warum verlieren die Kandidaten der Christdemokraten so oft? Zeitschrift für Politikwissenschaft, 26. Jg., Heft 3, 279–300.
- Träger, H. / Pollex, H. 2017: Strukturschwäche und Personalprobleme an der „Wiege der Demokratie“: aktuelle Herausforderungen für die Parteien auf der kommunalen Ebene. Mitteilung des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (MIP), 23. Jg., 52–62.